

„Keine Notwendigkeit für die B 212neu“

STRAßENBAU Sackmann fordert in Schreiben an Regierungsvertretung Planungsstopp

GANDERKESEE/ING – „Noch kann man die gesamte Planung stoppen!“ Für Otto Sackmann, Ratsherr und Kreistagsabgeordneter der Unabhängigen Wähler Ganderkesee (UWG), gibt es schlicht „keine Notwendigkeit“ zum Bau der B 212neu und damit auch keinen Grund für eine Delmenhorster Umgehungsstraße. Seine Argumente gegen die Planungen der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat Sackmann jetzt der Regierungsvertretung Oldenburg mitgeteilt, die das Raumordnungsverfahren für eine Ortsumgehung Delmenhorst vorbereitet.

Als Sprecher der Bürgerinitiative Bookholzberg hatte Sackmann an der Antragskonferenz zum Raumordnungs-

verfahren teilgenommen. Der UWG-Politiker verweist jetzt noch einmal auf das bereits vorhandene dichte Netz an Autobahnen und Bundesstraßen im Nordwesten – zu dem in absehbarer Zeit womöglich noch die A 20 mit Wesertunnel und Elbquerung komme. Diese Straßen seien in der Lage, sehr viel Verkehr aufzunehmen, meint er und folgert: „Dann muss man sich doch sehr wohl die Frage stellen, ob die für die Genehmigung prognostizierten Verkehrszahlen für die B 212neu und auch für die Ortsumgehung Delmen-

horst Bestand haben.“

Die Bookholzberger Initiative vertrete seit Jahren die Auffassung, so Sackmann, dass die B 212neu aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht notwendig wäre. Erst

durch die Bremer Ambitionen für die A 281 und deren Wunsch nach einem weiteren Wesertunnel,

der durch Mauteinnahmen refinanziert werden müsste, seien die Planer unter immer stärkerem Druck geraten, ihren Plänen auch die ausreichenden Verkehrsmengen zu sichern.

Für Sackmann steht damit

fest, dass die Entscheidungen für die B 212neu und die sich daraus ergebende Ortsumgehung Delmenhorst „aus politischen Gründen und nicht aus sachlichen Gründen“ getroffen wurden. Daraus ergibt sich für ihn aber auch, dass der Zug noch aufzuhalten ist.

„Wenn die Notwendigkeit zu erkennen wäre“, meint Sackmann, „müsste man einen Weg finden“. Da diese sich aber nicht ergebe, sollte auf alle Maßnahmen bis auf den Bau der A 281 in Bremen verzichtet werden, fordert der UWG-Politiker. Auch aus finanziellen Gründen: „Die vielen Millionen sollten für wichtigere Dinge zur Verfügung gestellt werden.“

→ @Spezial zum Thema unter www.nwzonline.de/b212neu



NWZ Ganderkesee 11.5.12